

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 90 Rp.

AKTUELL

Migros: Über 16 Mia. Konzernumsatz

Zürich (AP) Der Migros-Detailhandelskonzern hat letztes Jahr erneut markant zugelegt. Der Gesamtumsatz wurde um 4,3 Prozent auf 16,127 Milliarden Franken hinaufgeschraubt, wie Migros am Donnerstag in Zürich bekanntgab. Der Cashflow stieg auf fast eine Milliarde Franken und die Investitionen auf mehr als eine Milliarde Franken. Auch das Unternehmensergebnis legte etwas zu.

Grünes Licht für mehr Heroinplätze

Bern/Wien (AP) Die UN-Drogenkontrollbehörde INCB hat der Schweiz grünes Licht für die Erhöhung der Heroinplätze-Zahl im Rahmen der Drogenversuche gegeben. Sie erteilte die Bewilligung für den Import der zusätzlich benötigten Heroinmenge, wie das BAG am Donnerstag mitteilte. Damit erhöht sich das Schweizer Importkontingent um 86 auf 203 Kilogramm jährlich.

Damit könne die Ende Januar vom Bundesrat beschlossene Umwandlung von Morphin- und Methadon-Patientenplätze in Heroin-Plätze in die Tat umgesetzt werden. Die Zahl der Heroin-Plätze erhöht sich von 250 auf 500. Diese Anpassung drängte sich laut BAG unter anderem wegen den starken Nebenwirkungen auf, unter denen viele Morphin-Patienten zu leiden gehabt hätten. Die Gesamtzahl der Behandlungsplätze bleibt bei 700.

Beschwerden gegen SBB-Fahrplan gutgeheissen

Bern (AP) Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat laut Auskunft eines Mitarbeiters vom Donnerstag drei von acht Beschwerden der Kantone Waadt, Freiburg und Aargau gegen den SBB-Fahrplan 95/97 gutgeheissen. Ursprünglich hatten 23 Kantone 330 Korrekturen am Fahrplan gewünscht, wovon die SBB 120 berücksichtigt hatten. Der definitive Fahrplan wurde am Donnerstag veröffentlicht. Das neue Kursbuch wird ab dem 13. Mai verkauft.

SBB erwirtschafteten Defizit von 198 Millionen

Bern (AP) Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) haben 1994 mehr Menschen befördert als je zuvor. Im Gütertransport wurde ebenfalls ein Rekord erzielt, insgesamt nahm die Bahn aber im Gütertransport 5,3 Prozent weniger ein. Das Defizit von 198 Millionen Franken ist doppelt so gross wie 1993, aber kleiner als budgetiert.

Ende 1994 besaßen 1,78 Millionen Menschen ein Halbtax- und 143 008 Kundinnen und Kunden ein Generalabonnement.

lässige Jacken und Mäntel

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan

EWR-Beitritt: Jetzt ist die Aussenministerin gefordert

Massive Angriffe von zwei ehemaligen Regierungschefs auf die EWR-Politik der Regierung – Vorwurf, dass es sich die Regierung leicht macht

(G.M.) – Glaubt man der Regierung, so ist mit dem EWR-Beitritt alles in Ordnung. Hört man hingegen auch auf andere, scheinen noch viele Fragen für unser Land offen zu sein. Alt Regierungschef Dr. Walter Kieber fordert ein «Gesetz zur Eindämmung der Überfremdung», alt Regierungschef Dr. Alfred Hilbe gelangt zum Schluss, dass bei einem EWR-Beitritt Liechtensteins die Risiken die Chancen überwiegen. Die Aussenministerin, die sich in der EWR-Frage auffallend zurückhält, ist nun gefordert.

Der freie Personenverkehr gemäss EWR-Abkommen ist zweifellos der sensibelste Bereich für das Fürstentum Liechtenstein. Die Regierung hat die Erklärung des EWR-Rates, wonach bei Schwierigkeiten Liechtensteins in diesem Bereich nach Lösungen gesucht werde, als dauerhafte Regelung dargestellt. Dieser Auffassung treten die beiden früheren Regierungschefs Dr. Walter Kieber und Dr. Alfred Hilbe entschieden entgegen.

«Übergangs-, Schutz- und Revisionsklauseln bringen sicherlich etwas. Entscheidend ist aber, ob sie genügend Schutz bringen», schreibt alt Regierungschef Dr. Alfred Hilbe und formuliert sein Nein ganz pointiert: «Mir reichen sie nicht». Alt Regierungschef Dr. Walter Kieber macht der Regierung den Vorwurf, dass sie es sich in dieser Frage zu leicht mache.

Die Erklärung des EWR-Rates beinhaltet nach seiner Auffassung «keine Lösung auf Dauer», sie sei zu vage, «als dass sich daraus konkrete Hoffnungen ableiten liessen». Er fordert deshalb ein Begleit-



Unterschiedliche Auffassungen über die Auswirkungen des freien Personenverkehrs gemäss EWR-Abkommen auf unser Land. Unser Bild zeigt eines der neuen Werbeplakate für den EWR-Beitritt Liechtensteins. (Bild: A. Kieber)

gesetz, das den Anteil der ausländischen Bevölkerung ausdrücklich in einer Höchstgrenze festschreibt.

Dr. Alfred Hilbe traut der Sache mit der Verlängerung nicht: «Eine Verlängerung der Übergangsfristen um ein vielleicht ein Jahr dürfte erreichbar sein,

aber nicht mehr». Und Dr. Walter Kieber stellt die Frage, ob die Regierung in Sachen Überfremdung noch zu den staatspolitischen Zielsetzungen stehe, die bisher von jeder Regierung anerkannt worden sei. «Wenn die Regierung heute auf diese Fragen keine Antwort weiss, dann

wird sie diese auch in einigen Jahren, wenn die Probleme akut werden, nicht geben können».

Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, verantwortlich für die Aussenpolitik, ist jetzt gefordert, konkrete Antworten zu geben.

Trotz grossem Wohlstand auch «neue Armut»

Das Amt für Soziale Dienste unterstützt Hilfsbedürftige wegen «Einkommen unter dem Existenzminimum»

(G.M.) – Der Kontrast könnte nicht grösser sein: Einerseits gehört das Fürstentum Liechtenstein zu den europäischen Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen, andererseits leben Leute am Rande der Gesellschaft und müssen vom Amt für Soziale Dienste unterstützt werden. Das Sozialamt verzeichnete in den vergangenen acht Jahren eine Verdoppelung der Ausgaben für die wirtschaftliche Fürsorge.

Früher begann die Armut dort, wo der Hunger anfangt. Heute wird Armut aufgrund des gesellschaftlichen Wandels weiter definiert. Das moderne Liechtenstein gewährleiste ein dichtes Netz sozialer Sicherung und sozialer Hilfen, das theoretisch alle denkbaren Fälle von Not und Armut abdecke, befand der zum «Internationalen Jahr der Familie 1994» herausgegebene Familienbericht. «Und dennoch stossen wir auf das Phänomen», hiess es weiter, «dass Menschen in unserem Land arm sind und Not leiden».

Kontraste und Sozialgefälle

Die Kontraste zwischen Wirtschaftsleistungen und Sozialgefälle im Fürstentum Liechtenstein werden beim Vergleich der Jahresberichte über die Volkswirtschaft und über die soziale Fürsorge besonders deutlich. Das Erwerbseinkommen bezifferte sich 1993 bei rund 30 000 Einwohnern auf 1262 Millionen Franken. Das Brutto-Inlandprodukt erreichte pro Beschäftigten beinahe 100 000 Franken.

Die Ausgaben für wirtschaftliche Fürsorge beliefen sich 1993 auf 4,1 Millionen Franken. Im Jahr zuvor musste das Sozialamt dafür erst 3,7 Millionen Franken aufwenden. Die Steigerung dieser Aufwendungen ist neben der Betreuung einer grösseren Anzahl von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien vor allem auf die höheren Auszahlungen an Arbeitslose zurückzuführen, die wegen Langzeitarbeitslosigkeit nicht mehr dem Arbeitslosenversicherungsgesetz unterliegen, sondern der Fürsorge anheimfallen.

Am Jahresende 1994 mussten vom Amt für Soziale Dienste 21 Personen unterstützt werden, die nach dem Bezug der Höchstzahl an Tagelohn der Arbeitslosenversicherung «ausgesteuert» worden waren. Von den zum gleichen Zeitpunkt registrierten 217 Ganzarbeitslosen werden im Verlaufe dieses Jahres voraussichtlich weitere «Ausgesteuerte» hinzukommen.

Einkommen unter Existenzminimum

Trotz steigendem Wohlstand hat die Zahl der Klienten beim Amt für Soziale Dienste in den letzten Jahren stark zugenommen. Mussten 1987 noch 478 Personen vom Sozialamt betreut und unterstützt werden, so umfasste die Betreuungstätigkeit 1993 bereits 745 Personen. Der Anstieg der Zahl von psychisch nicht belastbaren, labilen und seelisch sowie materiell notleidenden Menschen ist ungleich stärker als die Zunahme der Wohnbevölkerungszahl im gleichen Zeitraum.

Das Sozialamt musste 1993 gesamthaft 447 Personen wegen wirtschaftlicher Hilfsbedürftigkeit über eine kürzere oder längere Zeitspanne finanziell unterstützen. Mit anderen Worten heisst dies, dass im Durchschnitt fast jeder 70. Einwohner Sozialhilfe in Anspruch nehmen musste. Der weitaus grösste Anteil fällt dabei unter die Rubrik «Einkommen unter dem Existenzminimum», wo 371 Personen aufgeführt sind, die wegen zu geringer Rente, wegen Arbeitslosigkeit, wegen Krankheit, Unfall oder Invalidität sowie als Alleinerziehende finanzielle Unterstützung erhielten. Einmalige Unterstützungen – wegen finanziellen Engpässen – erhielten 53 Personen, während 23 Frauen wegen ausbleibenden Unterhaltspflichten der Väter sich nur mit Hilfe des Sozialamtes über Wasser halten konnten.

Probleme der Alleinerziehenden

Beim Amt für Soziale Dienste ist der gesellschaftliche Wandel im Bereich der

Familie nicht unbemerkt vorbeigegangen, denn von 1990 bis 1993 nahm der Umfang der psychosozialen Probleme um 7 Prozent zu, während die wirtschaftliche Hilfsbedürftigkeit der Klienten im gleichen Zeitraum von 27 auf 40 Prozent anstieg. Abgesehen vom absoluten Grössenverhältnis lassen sich verschiedene Bevölkerungsindikatoren mit denjenigen der Nachbarstaaten vergleichen. Auf tausend Einwohner sind in Liechtenstein 6,3 Eheschliessungen 1993 registriert worden, in der Schweiz waren es 6,2 Heiraten, in Österreich 5,6 und in Deutschland 5,4 Verheiratungen. Mit 1,3 Scheidungen auf tausend Einwohner liegt Liechtenstein noch unter der Schweiz mit 2,2 und Österreich mit 2,1 sowie Deutschland mit 1,7 Ehescheidungen. Dagegen kann Liechtenstein bei den ausserehelichen Geburten mit einem Anteil von 14,7 Prozent durchaus mit Deutschland mithalten, wo 14,6 Prozent festgestellt wurden, während es in der Schweiz 6,3 Prozent und in Österreich 26,3 Prozent waren.

Massnahmen im Familienbericht

Als Folge der zunehmenden Ehescheidungen und der ausserehelichen Geburten nimmt die Zahl jener Personen zu, die wegen finanziellen Engpässen das Sozialamt aufsuchen müssen. Besonders betroffen sind alleinstehende Frauen, weil sie oft ungünstige Arbeitsverhältnisse in Form von schlecht bezahlten oder niedrig qualifizierten Teilzeit-Stellen in Kauf nehmen müssen. Der Familienbericht 1994 der Regierung stellt zwar die traditionelle Familie in den Mittelpunkt der geplanten Massnahmen. Doch mit der «Sicherstellung der Betreuung der Kinder während der Berufsausübung der Erziehungsberechtigten» oder der «Aufwertung der Teilzeit-Arbeit durch familienfreundliche Arbeitszeiten» oder «gezielte berufliche Förderung von Frauen und alleinerziehenden Eltern» sollte eigentlich auch eine Verbesserung für die Alleinerziehenden in Aussicht stehen.

Bruchlandung für Balair/CTA: Auflösung

Genf (AP) Die Chartergesellschaft Balair/CTA hat nach nur zweijähriger Existenz Bruchlandung erlitten. Das Geschäft der defizitären Swissair-Tochter soll per November in die Mutterfirma sowie in die Schwestergesellschaft Crossair eingegliedert werden. Crossair soll auch einen grösseren Anteil am Europaverkehr erhalten. Das Ausmass des Stellenabbaus war zunächst unklar.

Die am Vortag getroffenen Beschlüsse des Swissair-Verwaltungsrats wurden gestern Donnerstag von Konzernchef Otto Loeffle an einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz in Genf erläutert. Sie sind Bestandteil des Ergebnisverbesserungsprogramms «WIN» und zielen auf die defizitäre Chartertochter sowie einen kostengünstigeren Europaverkehr ab. Die Balair/CTA soll aufgelöst werden, nachdem sie in den zwei Jahren ihrer Existenz Verluste von rund 34 Mio. Franken verursacht hatte. Die Swissair will das Chartergeschäft auf den Langstrecken übernehmen, die Kurzstrecken sollen von der Crossair bedient werden. Die finanziellen und rechtlichen Einzelheiten müssen noch geklärt werden. So soll namentlich sichergestellt werden, dass die Rechte der Minderheitsaktionäre gewahrt bleiben. Überdies müssen Verwaltungsräte und Generalversammlungen der betroffenen Gesellschaften die einzelnen Schritte noch absegnen.

Ausmass des Stellenabbaus noch offen

Zu den Folgen für das Personal der drei Gesellschaften machte die Swissair zunächst keine präzisen Angaben. Genaue Zahlen seien erst bei der Umsetzung erkennbar. Balair/CTA beschäftigt laut Geschäftsleitungsmitglied Rolf Winiiger zurzeit 404 festangestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie rund 190 sogenannte Freelancer, bei denen es sich teilweise um Temporärarbeitskräfte handelt. Das Kabinenpersonal und die Piloten sollen grösstenteils von Swissair und Crossair übernommen werden. Doch dürften in der Administration rund 100 Stellen abgebaut werden. Entlassungen wurden als unumgänglich bezeichnet.